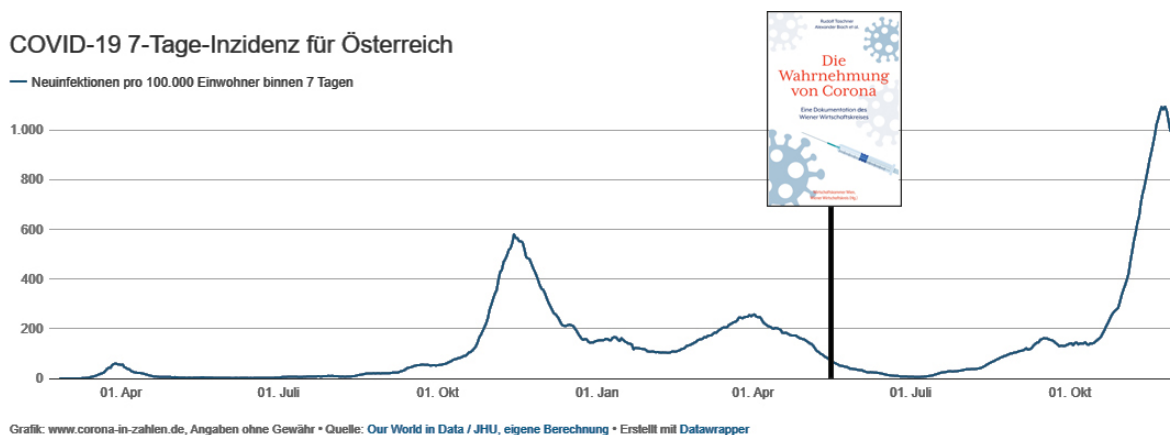


# Die Wahrnehmung von Corona – eine Aktualisierung

Rudolf Taschner, Wiener Wirtschaftskreis, 30. November 2021



Ende Mai 2021 erschien das Buch „Die Wahrnehmung von Corona“, das unter der Federführung von Alexander Biach und dem Autor dieser Zeilen von der Wirtschaftskammer Wien und dem Wiener Wirtschaftskreis herausgegeben wurde. Es stellte aufgrund der Vielzahl von Autorenbeiträgen bunter Provenienz ein Kaleidoskop und aufgrund der chronologischen Anordnung der Texte seit März 2020 bis zum Frühjahr 2021 eine Dokumentation dessen dar, wie in Österreich die vom Coronavirus ausgelöste Krise wahrgenommen wurde.

Als das Buch erschien, glaubten viele an das sprichwörtliche „Licht am Ende des Tunnels“. Oliver Pink bestätigte es am 23. November 2021 in der Zeitung „Die Presse“:

„Komplexitätsforscher Peter Klimek meinte Ende Mai 2021: ‚Ein weiterer Lockdown ist aus jetziger Sicht unwahrscheinlicher, als dass Österreich bei der Fußball-EM ins Viertelfinale kommt.‘ Noch Mitte Oktober 2021 befand Eva Schernhammer, Epidemiologin der Uni Wien: ‚Es ist schwer vorstellbar, dass uns die Situation so entgleitet wie im vergangenen Herbst.‘ In zwei bis drei Monaten sei die Pandemie vorbei.

Zur Ehrenrettung Klimeks sei jedoch gesagt, dass er im Mai noch hinzufügte: ‚Wenn man die Impfungen forciert und von Antigen- zunehmend auf PCR-Tests umsteigt.‘ Im Oktober sprach er bereits von einer ‚Seitwärtsbewegung, die eher nach oben als nach unten zeigt, bis ein Umschwung Richtung herbstlicher bzw. winterlicher Wetterbedingung die Dynamik noch einmal antreiben könnte.‘ Und auch Schernhammer schränkte ein: ‚Exakte Vorhersagen sind schwierig.‘“

Diesen Worten Oliver Pinks ist wenig hinzuzufügen. Auch manche der Einschätzungen, die in dem Buch „Die Wahrnehmung von Corona“ zu lesen sind, verdienen revidiert zu werden. Einen Beitrag dazu möchte der vorliegende Artikel leisten.

## Die gesundheitlichen Aspekte der Krise

Bereits am 23. März 2020, zu Beginn der Coronakrise mit Fallzahlen einer erster Welle, die sich im Vergleich zu den Fallzahlen der folgenden Wellen geradezu mickrig ausnehmen, schrieb Matthias Benz in der „Neuen Zürcher Zeitung“ mit prophetischem Weitblick, „ein Abwechseln von Lockdown und Lockerung“ werde erfolgen, „bis eine wirksame Impfung gegen das Coronavirus gefunden ist.“

Wir erleben dies gegenwärtig in Österreich mit dem vierten Lockdown in der Hoffnung, damit die vierte und bislang heftigste Welle von Infektionen mit dem Coronavirus brechen zu können. Die böse Pointe in Hinblick auf die Worte von Matthias Benz ist, dass die Verhängung dieses Lockdowns anscheinend unvermeidbar war, obwohl inzwischen wirksame Impfsereien gegen das Virus gefunden wurden und in

hinreichend großem Angebot zur Verfügung stehen – allein die Impfbereitschaft der Bevölkerung ist viel zu gering.

Wie konnte es dazu kommen?

Drei maßgebliche Faktoren seien genannt:

Erstens unterschätzte man die *besonders leichte Übertragbarkeit der Deltamutation des Coronavirus*: Es breitet sich offenkundig so rasant aus wie die Windpocken, besitzt jedoch die gleiche Heimtücke wie das ursprüngliche Virus und wie andere seiner Mutationen. Bei vielen Infizierten nistet es sich ohne Symptome ein oder macht sich nur mit milden Beschwerden bei den Atmungsorganen, Fieber und Gliederschmerzen bemerkbar. Bei wenigen Infizierten jedoch erfolgen schwere Infektionsfolgen bis hin zu lebensbedrohenden Krankheitsverläufen. Und zuweilen ruft das Virus Langzeitfolgen hervor, deren Dauer schwer abschätzbar ist und die bis hin zu Arbeitsunfähigkeit führen können, das gefürchtete Long Covid. Und die Behauptung, dass nur alte oder von Vorerkrankungen gezeichnete Personen der Gefahr schwerer Krankheitsverläufe ausgesetzt sind, ist auch nicht richtig.

Zweitens entwickelte sich nach einer schier unerträglich langen Wartezeit auf die breitflächige Impfung im Frühjahr 2021 ein regelrechter Ansturm auf die Impfstationen, der im Mai seinen Höhepunkt erreichte, und von einer *erschreckend laschen Impfmüdigkeit* im Sommer abgelöst wurde. Diese Impfmüdigkeit artete bis hin zu einer *Impfverweigerung* aus: zu einem Teil, weil die nötigen Informationen nicht in alle Schichten der Bevölkerung mit genügender Breitenwirkung drangen, zum andern Teil, weil in Österreich, wie auch in anderen Staaten des deutschsprachigen Raums, eine bizarre Widerwehr gegen medizinische Errungenschaften einem nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung innewohnt, ein Ausdruck ideologisch getriebener Wissenschaftsfeindlichkeit. Am 23. November 2021 schrieb dazu Rudolf Mitlöhner in der Zeitung „KURIER“:

„Mit dem neuerlichen Lockdown wurde gleichsam bestätigt, was sich schon, spätestens seit Ende des Sommers immer deutlicher abzeichnete: dass die Pandemie auch für die Geimpften nicht vorbei ist. Gleichwohl ist unbestreitbar, dass Geimpfte deutlich besser geschützt sind als Ungeimpfte – die Inzidenz ist bei Letzteren viermal so hoch – und daher eine möglichst hohe Impfquote ein entscheidender Beitrag zur Bekämpfung der Pandemie ist.

Österreich rangiert hier mit 65 Prozent im schlechten europäischen Mittelfeld. Hat das mentalitätsmäßige Gründe, hängt es mit einer generellen Wissenschaftsskepsis oder gar -feindlichkeit zusammen?

Der ÖVP-Abgeordnete und Mathematiker Rudolf Taschner hat das Thema in einer Rede bei der letzten Nationalratssitzung aufgegriffen und von einem ‚Riesenproblem‘ gesprochen. Österreich sei um die vorletzte Jahrhundertwende das ‚Land der Wissenschaft‘ schlechthin gewesen, sagt Taschner im Gespräch mit dem KURIER; damit sei es 1938ff. infolge der Vertreibung bzw. Ermordung der jüdischen Intelligenz vorbei gewesen. Heute zähle ‚Ideologie mehr als Wissenschaft‘. Die mangelnde Impfbereitschaft sieht er auch in diesem Zusammenhang.

Es brauchte eine ‚Ära der Wissenschaftlichkeit‘, diese gelte es bereits in den Schulen grundzulegen – man müsse das ‚in die Köpfe der jungen Menschen bringen‘. Der Mathematiker ruft in Erinnerung, was Wissenschaft und Forschung für unseren heutigen Lebensstandard geleistet hätten.“

„Offensichtlich“, so beschließt Rudolf Mitlöhner seinen Artikel, „lässt die Impfdebatte exemplarisch einige Grundzüge der geistig-politischen Verfasstheit dieses Landes erkennen.“

Drittens wurde übersehen, dass auch geimpfte Personen – wenn auch in geringerem Ausmaß – zur Verbreitung des Coronavirus beitragen, wenn sie vom Virus befallen sind. Zwar sind sie in der Regel vor einem schweren Krankheitsverlauf geschützt, *aber Überträger können sie noch immer sein*. Sowohl die hohe Infektiosität der Deltamutation des Virus als auch die viel zu niedrige Impftrate vereitelten somit die Prognose von Komplexitätsforscher Peter Klimek und der politischen Entscheidungsträger Ende Mai 2021, dass die Pandemie im Wesentlichen bewältigt sei.

Hinzu kommt das Nachlassen des Impfschutzes nach der Erst- und (abgesehen vom Impfstoff der Firma Johnson & Johnson) der Zweitimpfung. Die Erfahrungen aus Israel, jenem Land, in dem die Impfungen um Monate früher als in Europa flächendeckend durchgeführt wurden, hätten belehren müssen, dass *eine weitere Auffrischungsimpfung* spätestens nach sechs Monaten, idealerweise sogar einige Wochen früher, den Impfschutz stabilisiert. Diese Lehre wurden sträflich übersehen, erst viel zu spät ernst genommen und mit viel zu geringer Vehemenz der Bevölkerung vermittelt.

Zu diesen drei Faktoren gesellen sich noch weitere Aspekte, von denen zwei hervorstechen:

Zum einen die gute Botschaft, dass neben der sehr erfolgreichen und in ihrem Tempo bewundernswerten Entwicklung wirksamer Impfsereen anscheinend die Herstellung wirksamer *Medikamente im Falle der Erkrankung* an Covid-19 Fortschritte macht. Zwar hat der Pharmakonzern Merck nach zuvor vielversprechenden Ansätzen mit dem Mittel Molnupiravir, einem Hoffnungsträger zur Bekämpfung der Coronapandemie, einen Dämpfer erlebt, aber die Mitteilung des Pharmakonzerns Pfizer, seine Coronapille Paxlovid habe in Studien das Risiko eines Krankenhausaufenthalts oder eines tödlichen Krankheitsverlaufs um 89 Prozent reduziert, wurde bislang nicht revidiert. Trotz alledem ist Vorsicht geboten. Vor allem muss betont werden, dass hierdurch die Bedeutung einer möglichst effektiven Durchimpfung der gesamten Bevölkerung keinesfalls gemindert wird.

Zum anderen die beunruhigende Botschaft, dass *eine weitere Mutation des Coronavirus*, die sogenannte Omikronvariante, anscheinend weltweit um sich zu greifen droht. In den Tagen, da diese Zeilen verfasst werden, ist noch unbekannt,

- wie ansteckend die Omikronmutation ist (würde sie darin die Deltamutation übertreffen, würde sie diese verdrängen und nähme über kurz oder lang überhand),
- welche Bevölkerungsgruppen durch sie besonders gefährdet sind (derzeit scheint sie bevorzugt bei jungen Menschen Symptome hervorzurufen, dies mag aber der Altersstruktur der Bevölkerung der Herkunftsländer geschuldet sein),
- ob sie schwere Verläufe der Erkrankung forciert (riefe sie in der Regel bloß milde Erkrankungen hervor, wäre dies zusammen mit ihrer hohen Infektiosität eine gute Nachricht),
- wie gut die bisher entwickelten Impfsereen gegen sie schützen (erste, noch ohne robuste Daten gemutmaßte Einschätzungen geben Hoffnung, dass zumindest ein hinreichend guter Schutz besteht).

Die Forschungsgruppen, welche die mRNA-Impfstoffe gegen Corona entwickelt haben, arbeiten bereits an Modifikationen ihrer Seren, die gegebenenfalls der Omikronmutation entgegenwirken. Wenn nicht alle Zeichen trügen, dürften innerhalb weniger Monate diese angepassten Impfstoffe breitflächig zur Verfügung stehen.

Ein vernünftiges Verhalten der Bevölkerung und ein effektives und rasch handelndes Krisenmanagement der politischen Entscheidungsträger vorausgesetzt, ist – wenn auch später als Mitte dieses Jahres erhofft – nach wie vor ein Ende der Pandemie innerhalb von Monaten absehbar.

## Die sozialen Aspekte der Krise

Verfliegen sind die schönen Träume einer angesichts der Pandemie zusammengeschweißten solidarisch geeinten Gesellschaft, Träume, die in den ersten Wochen der Coronakrise noch von Gutmeinenden gehegt wurden. Verfestigt haben sich indes Gräben in der Gesellschaft. Man erkennt sie, wenn man die Heftigkeit verspürt, in der über Maßnahmen gegen Auswirkungen der Coronakrise gestritten wird.

Besonders strittig sind jene Maßnahmen, welche *Schule und Unterricht* betreffen. Tatsächlich ist man in diesem Bereich dazu verdammt, im Nebel der Unsicherheit zu navigieren: Auf der einen Seite droht die Skylla einer Sistierung allen Klassenunterrichts, einer weitgehenden Schließung aller Schulgebäude, in die nur jene Kinder kommen dürfen, die unter keinen Umständen zuhause betreut werden können, eines Fernunterrichts mit all seinen Nachteilen und Hürden. Auf der anderen Seite bedrängt die Charybdis des unbedingten

Offenhaltens der Schulen, eines mühseligen Unterrichtens mit Masken stundenlang vor Mund und Nase, wobei man sich des Risikos ungezügelter Infektionen aussetzt, die bei einem gottlob nur geringen, aber doch vorhandenen Prozentsatz von Schülern und Lehrern schwere Krankheitsverläufe und dauerhafte Spätschäden hervorrufen können. Hier gibt es keinen Königsweg. Hier gibt es nur lautstarke Vorwürfe jener Seite, deren Vorschläge nicht berücksichtigt wurden. Fachleute helfen wenig, denn sie beleuchten naturgemäß nur den engen, ihrer Disziplin angepassten Aspekt. Allein die Schwere des Problems wird durch sie verdeutlicht – für die Gesellschaft, die ungestüm nach Lösungen ruft, kein Trost, bloß Quell von Zwist.

Während im Felde von Schule und Unterricht noch nachvollziehbar ist, dass man angesichts unlösbarer Probleme niemals alle für einen Kompromiss eines Maßnahmenbündels gewinnen kann, gewärtigt man in anderen sozialen Bereichen nachgerade verrückte Phänomene einer gespaltenen Gesellschaft:

Am deutlichsten bei dreisten Protesten fanatisierter Impfgegner, die sich erfreuen, vor Krankenhäusern herein- oder heraustretende Ärzte und Pflegekräfte anzupöbeln und zu beschuldigen, ihnen werde mit der dringenden Empfehlung, sich impfen zu lassen, persönliche Freiheit geraubt. Doch die gleichen Demonstranten pochen, sollten sie schwer an Covid-19 erkranken, bei eben diesen von ihnen verteufelten Ärzten und Pflegekräften auf ihr verbrieftes Recht bester medizinischen Versorgung. Diese erhalten sie. Sie werden behandelt, genauso wie ein verunfallter oder von einem Herzinfarkt getroffener Geimpfter, sofern in der Intensivstation noch Platz zur Verfügung steht – andernfalls sorgt man mit erheblichsten Aufwand um Verlegung in ein anderes Spital, das noch Kapazitäten frei hat ...

Die Sprachlosigkeit, die vernünftig Denkende dabei zurücklässt, entspringt einer Entwöhnung. Wir haben verlernt, in offener und ehrlicher Sprache mit divergierenden Strömungen in der Gesellschaft umgehen zu können. Alle Art von Unterscheidung gesellschaftlicher Gruppen wird zwar als üble Diskriminierung der sich lautstark gebenden Minderheit, gegenüber der schweigenden Mehrheit angeprangert, aber solche Unterscheidungen nicht ertragen zu können und schönfärberisch darüber hinwegsehen zu wollen, belässt Übel wie sie sind, ja verstärkt sie sogar. Es wird zurecht von schmerzhaften Spaltungen der Gesellschaft gesprochen. Ein die Bevölkerung über alle Differenzen hinweg einigendes Band scheint jedoch zerrissen zu sein. Dem Zeitgeist nachhoppelnde Versuche, einer Wertegemeinschaft Grundlage zu verleihen, versagen kläglich, wenn die soziale Schönwetterära von einem Ungewitter durchbrochen wird, wie die Coronakrise eines ist.

So gesehen verdeutlicht das uns so dauerhaft und lästig knechtende Coronavirus die Zerbrechlichkeit der gegenwärtigen Gesellschaft. Nirgendwo ist dauerhafter Halt in Sicht.

## Die politischen Aspekte der Krise

Nach einer vorbildhaften Bewältigung der ersten Welle schlichen sich im Krisenmanagement der österreichischen Regierung der Reihe nach Nachlässigkeiten, Versäumnisse und Fehler ein, die sich fatal auswirkten. Vergleiche mit anderen Staaten zeigen dies schmerzhaft. Drei Beispiele seien herausgegriffen:

In *Israel* hat sich schnelles, auf die leisesten Vorzeichen reagierendes, durchgreifendes und hartes Handeln bestens bewährt. Man setzte auf die Verwendung der zur Verfügung stehenden Daten, die zentral gesammelt und zielgerichtet ausgewertet werden konnten. Übertriebene Sorgen um Wahrung des Datenschutzes sind in diesem Land fremd, das seit seiner Gründung gewohnt ist, mit heiklen und das Staatsganze bedrohenden Lagen umzugehen. Man setzte ferner auf die Nutzung aller medizinischer Errungenschaften in der Bekämpfung des Coronavirus und war darin bewundernswerter Vorreiter. Ohne Rücksicht auf Verluste wurden die gerade entwickelten Impfserien in großer Menge bestellt und breitflächig eingesetzt. Wiewohl selbst in Israel, wohl aufgrund einer sehr vielfältigen Gesellschaftsstruktur, die Durchimpfungsrate nicht übertrieben hoch ist, gelang es sehr rasch, die sich im Sommer dieses Jahres aufbauende neue Welle mit einer möglichst breit gestreuten Verabreichung der Auffrischungsimpfung nachhaltig zu brechen.

In *Portugal* wurde im Herbst dieses Jahres eine Durchimpfungsrate der Bevölkerung von weit über 80 Prozent erzielt, nur kleine Staaten wie die Malediven, Singapur, Malta kommen an diese Werte heran. Dies gelang ohne Zwang und neue Vorschriften wie beispielsweise in Italien. Am 1. Oktober 2021 beendete

das Land seinen „Estado de Alerta“, seinen Alarm-Zustand, und hob viele Beschränkungen auf. So durften Restaurants und Hotels sowie kleine Geschäfte wieder ohne Maske betreten werden. Selbst Diskotheken und Clubs nahmen den Betrieb wieder auf. Doch das Land ist sehr vorsichtig. Womöglich Touristen geschuldet, bahnt sich eine weitere Welle an, und die Reaktion darauf erfolgt rasch und robust: Nach Weihnachten wird der Bevölkerung für eine Woche eine Ausgangssperre verordnet, welche die Regierung die „Woche zur Eindämmung der Ansteckung“ nennt. Wer immer kann, muss von zu Hause aus arbeiten. Bars und Restaurants bleiben geschlossen. Der Schulbeginn wird auf den 10. Jänner verschoben.

Der Erfolg des portugiesischen Krisenmanagements mag auf den traumatischen Erlebnissen beruhen, die das Land nach den Weihnachtstagen 2020 ertragen musste: Anfang 2021 erlebte es eine der schlimmsten Covid-19-Infektions- und Sterblichkeitswellen der Welt. Wegen der massiv überlasteten Krankenhäuser mussten sogar deutsche Soldaten vor Ort aushelfen. In einer Woche Ende Jänner starben zweitausend Menschen an Covid-19 – in einem Land mit nur zehn Millionen Einwohnern.

„Wegen der traumatischen Erfahrungen“, so schreibt der Berliner „Tagesspiegel“, „zögen die Portugiesen nun an einem Strang, erklärte der bundesweite Impfkoordinator Henrique de Gouveia e Melo in einem Interview mit dem ZDF. „Die Kommunikation über den Impfprozess haben wir sehr aktiv und offen geführt. Das war sehr wichtig und hat ein Gemeinschaftsgefühl geschaffen. Wir sind hier nicht egoistisch, wir haben keine Angst vor Impfungen.“

Teil des Erfolgs mag auch sein, dass der Konteradmiral der Marine, der früher Fregatten und U-Boote kommandierte, im Februar die Koordination der nationalen Impfkampagne von einem Zivilisten übernahm. Bis Gouveia e Melo auf der Bildfläche erschien, war die Impfkampagne auch in Portugal nur schleppend vorangekommen.

Unter Gouveia e Melo organisierte Portugal seine Impfkampagne (...) generalstabsmäßig. Er verzichtete auf kleine Gesundheitszentren und setzte stattdessen auf große Sportanlagen. In einem Armeekrankenhaus mussten Soldaten als Versuchskaninchen herhalten, um herauszufinden, wie sich die Impfstraße am schnellsten aufbauen lasse. Von da an sei wie am Fließband geimpft worden, so Gouveia e Melo.

Darüber hinaus sei jeder Bürger des Landes mindestens dreimal persönlich zur Impfung eingeladen worden. Wenn die Person darauf nicht reagierte, wurde sie immer wieder kontaktiert und erinnert.“

*Schweden* wählte zur Bekämpfung der Pandemie scheinbar einen Sonderweg: grundsätzlicher Verzicht auf allgemeine Ausgangssperren. Es nahm sich von außen so aus, als ob prinzipiell auf Maßnahmen verzichtet wurde, die das soziale oder wirtschaftliche Wohlergehen schädigen könnten. Jedenfalls vertrauten das Land und die von ihm gewählten Politiker voll dem Staatsepidemiologen Anders Tegnell, der von Beginn an das schwedische Volk durch die Pandemie führte – zuweilen hart kritisiert, selbst vom schwedischen König Gustav Adolf, zuweilen offen selbstkritisch Fehler eingestehend, aber immer fest davon überzeugt, dass sein Kurs aller Unbill zum Trotz gewiss in die gute Richtung weist. In einem Gespräch mit dem deutschen Fernsehsender ARD hielt er fest, dass die Unterschiede seiner Führung durch die Pandemie zu den Maßnahmenkatalogen anderer Staaten so gravierend gar nicht sind: „Wir haben das gesellschaftliche Leben in Schweden in sehr großen Teilen heruntergefahren. Die Menschen haben ihr Leben stark verändert. Wir haben Auflagen für Restaurants, für große Kaufhäuser, für Museen und ähnliche Einrichtungen. Wir haben uns dafür entschieden, uns auf die Stellen zu fokussieren, bei denen wir aus eigener Erfahrung und aus den Erfahrungen anderer Länder wissen, dass eine erhöhte Infektionsgefahr besteht. Ein kompletter Lockdown dagegen hätte sehr große Auswirkungen.“

Der oft geäußerten Ansicht, dadurch hätte sich das Leben in Schweden kaum geändert, widerspricht Tegnell: „Nein, es ist ganz offensichtlich, dass es nicht normal war oder ist. Wir wissen, dass große Teile der schwedischen Bevölkerung durchgehend zu Hause arbeiten. Das haben sie vorher nicht getan. Wir wissen, dass das Reisen in Schweden drastisch weniger geworden ist verglichen mit den Jahren zuvor. Wir wissen, dass man deutlich weniger in Geschäften einkauft. Es gibt sehr viele verschiedene Beispiele, die zeigen, dass die schwedische Bevölkerung anders lebt als zuvor.“

Auch dem Wort vom schwedischen Sonderweg relativiert Tegnell: „Das ist in weiten Teilen ein Mythos. Wir haben unser Verhalten hier in der Bevölkerung auf eine sehr radikale Art verändert. Wir haben sehr viel weniger physischen Kontakt miteinander, als wir es früher hatten. Das lässt sich auf viele Arten belegen.“

Tatsächlich spielte Tegnell in diesem Gespräch die immense Bereitwilligkeit schwedischer Bürger herunter, die Empfehlungen ihres offenkundig kompetenten und stets sicher, klar und verständlich zu ihnen sprechenden Staatsepidemiologen so zu befolgen, als ob diese Empfehlungen Gesetze wären. Hierzu kommt, dass man in Schweden traditionell viel auf die Eigenverantwortung der Bürger setzt – und das zurecht.

Schließlich sei eingeräumt, dass Schweden für den von Tegnell eingeschlagenen und auf Selbstbestimmung der Bürger setzenden Weg im Vergleich zu seinen Nachbarstaaten relativ hohe Opfer bringen musste: Verzeichneten Dänemark bezogen auf eine Million Einwohner 500 Coronatote, Finnland knapp 250, Norwegen knapp 200, beläuft sich für Schweden die entsprechende Zahl auf mehr als 1400. Man mag entgegenen, dass Österreich eine fast ähnliche hohe Zahl von an oder mit Corona Verstorbenen zu beklagen hat, aber die Bevölkerungsdichte ist in Österreich rund viermal so hoch wie in Schweden, und dies ist nur einer von mehreren Faktoren, die für Österreich im Vergleich zu Schweden nachteilig wirken.

So unterschiedlich die Zugänge der drei genannten Staaten zur Bewältigung der Pandemie auch sein mögen, sind den jeweiligen politischen Entscheidungsträgern doch gemeinsam Tugenden – es sei die Verwendung dieses fast vergessenen, schönen Wortes gestattet – zu eigen, die sich als notwendig herausstellen. Unter ihnen seien genannt:

- der nüchterne, klare, nicht von zeitgeistigen Vorurteilen vernebelte Blick auf den Ernst der Lage, beschrieben von einer deutlichen, aufrichtigen und verständlichen Sprache,
- das Vertrauen auf kompetente Fachleute, gepaart mit einer kundigen Einschätzungsgabe ihrer Vertrauenswürdigkeit,
- die Fähigkeit, aus der Fülle von zum Teil divergierenden Vorschlägen die der Situation angemessenen zu wählen,
- das umsichtige Organisationstalent für einen gelingenden Vollzug von Maßnahmen,
- die Entscheidungsfreudigkeit unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, dass jede Entscheidung nur nach besten Wissen und Gewissen rebus sic stantibus getroffen wird,
- die Ausstrahlungskraft, die fast alle in der Bevölkerung von der Sinnhaftigkeit verordneter Maßnahmen überzeugt und daran glauben lässt, dass diese schließlich zum Erfolg führen.

Es sei jenen, die diese Zeilen lesen, überlassen, die Vorgangsweise der politischen Entscheidungsträger in den drei hier genannten Staaten mit der in Österreich zu vergleichen – so man bei uns von einer durchwegs in sich stimmigen Vorgangsweise überhaupt sprechen kann. Und man darf in Zweifel ziehen, ob ein solcher Vergleich, der manch bittere Nachlässigkeit, Fehleinschätzung, Verkennung, Verfehlung, ja schlichte Dummheit zutage brächte, in der Zeit nach der Pandemie sine ira et studio gewagt wird. Eher steht zu befürchten, dass jede der politischen Parteien ihre eigene Legende bildet, die sie selbst gut dastehen lässt und den gegnerischen Gruppen alles Üble anlastet – sicher kein guter Weg, um aus Fehlern zu lernen und für die nächste Krise, die sicher auf uns über kurz oder lang einstürmen wird, gerüstet zu sein.

## Die wirtschaftlichen Aspekte der Krise

Zur wirtschaftlichen Bewältigung der vom Coronavirus ausgelösten Krise in Österreich wurde, wie man gerne nonchalant sagt, „viel Geld in die Hand genommen“. Bei einer Größenordnung von 40 Milliarden Euro muss es sich um eine ziemlich große Hand halten, die dieses Geld zu fassen vermag.

Die Finanzlage Österreichs war zu Beginn der Krise aufgrund einer soliden Budgeterstellung für die Jahre 2018 und 2019 hinreichend solide, sodass aufgrund einer hohen Bonität selbst eine so große Summe von 40 Milliarden Euro mit einer extrem niedrigen Rückzahlungsverzinsung vom internationalen Kapitalmarkt geliehen werden konnte. Ferner zielen die Budgets der Jahre 2022ff. darauf hin, dass der durch die Krise hervorgerufene erhöhte Schuldenstand des Landes Ende 2020 von 315,6 Milliarden Euro, also von 83,2 %

des Bruttoinlandsproduktes, sukzessive so abgebaut wird, dass man innerhalb eines Jahrzehnts auf das Erreichen des Maastrichtkriteriums von 60 % des Bruttoinlandsprodukts hinsteuern kann.

Voraussetzung dafür ist allerdings eine robuste und lange anhaltende Konjunkturperiode.

Bis zu Beginn des vierten Lockdowns am 22. November 2021 ließ sich das Wirtschaftswachstum erstaunlich gut an. Österreichische Betriebe florierten so, dass das WIFO für 2021 ein Wachstum von 4,4 % und für 2022 gar von 5 % prognostizierte. Mit einem Plus von 3,8 % für 2021 und von 4,3 % war in einer im Juli 2021 erstellten Schätzung die ERSTE Group noch vorsichtiger, mit den Prozentzahlen 4,9 und 5,1 im November 2021 die Bank Austria am optimistischsten. Jedenfalls herrschte allseits freudige Erwartung einer sich außerordentlich erstarrenden Wirtschaft.

Noch ist nicht abzusehen, wie sehr die vierte Infektionswelle im Spätherbst 2021, gefolgt von den rigiden Maßnahmen mit Abwürgen des klassischen Handels in Geschäften, der Gastronomie, des Tourismus, der Kultur- und Eventveranstaltungen und Einschränkungen bei anderen Branchen diese positive Tendenz dämpft. Man darf hoffen, dass es sich um eine kurzfristige Zäsur handeln wird, die nichts von dem in der Zeit davor entstandenen Schwung nimmt.

Heikler ist die Tatsache, dass wichtige Rohstoffe, allen voran der „Rohstoff“ Energie, inzwischen zu immer knapper gewordenen Gütern geworden sind. Mag sein, dass dies an noch nicht voll funktionierenden Lieferketten liegt. Dann könnten Restrukturierungen der Logistik dies als kurzfristiges Phänomen entlarven, das mittelfristig keine Probleme schafft. Allerdings dürften sich insbesondere im Energiesektor diese Hoffnungen nicht erfüllen. Weil Europa auf sogenannte regenerative, jedenfalls aber auf sehr teure Energie setzt, dürfte der Preisanstieg für Energie dauerhaft bleiben. Und da Produktionen jeglicher Art des Einsatzes von Energie bedürfen, wird eine Steigerung der Produktivität – so wichtig sie für ein stabiles Wachstum der Wirtschaft ist – mit schmerzhaften Teuerungen verbunden bleiben.

Erschwerend kommt hinzu, dass selbst bei anhaltender Inflation die Europäische Zentralbank im Gegensatz zu den Zentralbanken anderer führender Industrienationen kaum Spielraum für eine entgegenwirkende Erhöhung der Zinsen besitzt, will sie die Finanz- und damit Wirtschaftskraft von Staaten wie Italien nicht abwürgen. Dies lässt in eine düstere Zukunft blicken, die mit den Kreditaufnahmen durch Corona noch um einiges dunkler geworden ist.

Weiterhin ist bedenklich, dass sich weitere wirtschaftliche Problemfelder öffnen, die man mit starrem Blick auf die Pandemie zeitweise übersah, die jedoch auch durch diese noch harziger zu werden drohen, darunter jene, die sich

- aus der in dieser Form noch nie dagewesenen Demographie des Landes ergeben, so im Bereich des Gesundheitswesens und vor allem der Pflege,
- aus der sich veränderten Mobilität ergeben, vor allem wenn diese umweltfreundlich umgestaltet werden soll,
- aus der Durchdringung aller Lebensbereiche mit digitalen Geräten und Algorithmen ergeben, was sich vor allem in Änderungen der Infrastruktur von Städten und den ländlichen Regionen auswirken wird.

„Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch“, ruft uns Hölderlin zu: Alle drei genannten Problemfelder dürfen zugleich als Perspektiven für Fortschritt und Weiterentwicklung gesehen werden. Der Wiener Wirtschaftskreis hat bereits versucht, aus solchen Perspektiven programmatische Handlungsvorschläge zu formen und wird sich auch in Zukunft darum bemühen.